

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 84 A

BERLIN • Sonntag, den 10. April 1932

1. JAHRGANG

Vor der Wahl.

Willenlose Demokratie.

Der Oberreichsanwalt überstürzt nichts — wenn es gegen NS geht.

e Dessau, 8. April.

Im Anhaltischen Landtag teilte Staatsminister WEBER mit, daß auf Grund des Urkundenmaterials, das von der Dessauer Polizei im Dezember vorigen Jahres bei führenden Mitgliedern der SA beschlagnahmt worden sei, sich der dringende (!) Verdacht ergebe, daß Mitglieder der NSDAP den Plan vorbereitet hätten, die Verfassung des Reiches und des Landes Anhalt gewaltsam zu ändern. Der Oberreichsanwalt habe ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen sei.

Schöne Aussichten für SEVERING! Damit wird unterstrichen, was längst klar ist: die Arbeiterschaft kann von dem Verfahren der Behörden nichts für die Bekämpfung der NS erwarten.

Länder-Regierungen entlarven die NS —

Ha. Berlin, 9. April.

Auch Hessen (nach Preußen, Bayern, Anhalt) bringt jetzt einen amtlichen Bericht über die Putschvorbereitungen der NS. Der Bericht ist weniger aufschlußreich als der von SEVERING. Einige Einzelheiten: Die Darmstädter SA wurde zwei Tage vor dem ersten Wahlgang von einem Arzt im Sanitätswesen unterrichtet. Von Sturmtruppführern liegen auch hier die üblichen Äußerungen vor, durch die bekannte Republikaner mit der „Ereidigung“ bedroht werden.

Ein Waffenhändler in Rheinhessen hat jahrelang mit Waffen und Munition einen schwarzen Handel getrieben. Seine Hauptabnehmer waren NS-Führer, die die Waffen an ihre Mannschaften weitergaben.

— und hoffen auf Groener.

Was tun die Regierungen? Was ist schon zu erwarten von Hessen, wo gegen Best trotz der schlagenden Enthüllungen von Boxheim immer noch nicht vorgegangen wurde. Hessen folgt dem Beispiel Preußens und Bayerns mit dem Verbot der Zusammenziehung von Alarmbereitschaften politischer Vereine für die Zeit vom 9. bis 11. April.

Auch Baden hat diese Maßnahme getroffen. Der badische Staatspräsident SCHMITT (Zentrum) sagte im übrigen auf einer HINDENBURG-Kundgebung: Die SA-Gruppen „müßten (!) und würden verschwinden“. Und die hier einzig interessante Frage der Verwirklichung, der raschen Verwirklichung einer solchen Forderung? SCHMITT denkt sie sich so: „Die Reichsregierung müsse (!) baldigst handeln.“ Der badische Finanzminister MATTES (DVP) wünschte in einer Versammlung SEVERING Glück zu seiner Aktion und „hoffte“, daß sie mit der Auflösung der SA und SS enden würde.

Severing schließt sich den Vorrednern an.

Er hat die in der Hamburger Kundgebung verlorene Sprache über seine Aktion zwar wiedergefunden. Aber sie ist kraftlos. Auch SEVERING hofft auf GROENER. Auch er glaubt, wie HELD, mit der Lächerlichkeit die Gefahr bannen zu können. In einer Breslauer Kundgebung erklärte er am Freitag: Der Mangel an Unterstützung, den er mitunter bei anderen Amtsstellen im Kampf gegen die Reaktion fände, könnte ihn nicht hindern, sein Ziel weiter zu verfolgen.

Wenn die Kollegen im Reich ihm hierbei nicht behilflich seien, würde er nicht weinen. Immerhin sehe es aus, als wenn jetzt auch der Reichsinnenminister ihm folgen werde.

Zu dem Vorgehen gegen die NSDAP erklärte der Innenminister, er habe nicht die Absicht, die Angelegenheit in haltlose Unterhaltungen auslaufen zu lassen. Über das ihm zur Verfügung stehende Material spreche er nicht auf offenem Markt. Das Versprechen wirtschaftlicher Vorteile allein habe den Massenwahnsinn erzeugt. Dieser Suggestion habe in erster Linie der Kampf zu gelten. Als Kampfmetode nennt SEVERING den Weg der Lächerlichkeit.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß nur die leeren Versprechungen den NS ihre Massen zugetrieben hätten. Was bezwingend wirkt auf breite Massen: einschüchternd auf ängstliche, imponierend auf energische, das ist der Wille, der in ihrer Agitation und Organisation zu spüren ist.

Wem imponiert demgegenüber die in den vorstehenden Mitteilungen zum Ausdruck kommende Willenlosigkeit der Hüter der deutschen Demokratie?

Internationale Arbeitskämpfe.

Riesenstreik in Schweden.

s Stockholm, 9. April.

Die Tarifverhandlungen in der schwedischen Zellstoff-Industrie sind am Freitag ergebnislos abgebrochen worden. Am Montag werden 17 000 Arbeiter in den Streik treten.

Schiedsspruch in der ost- oberschlesischen Metallindustrie.

Lohnsenkung um 7 Prozent.

d Kattowitz, 9. April.

Am Freitag fällte der Sonderschiedungsausschuß im Lohnstreik in der ostoberschlesischen Metallhüttenindustrie einen Schiedsspruch, nach dem die Löhne ab 20. April 1932 um 7 Prozent herabgesetzt werden. Der Schiedsspruch gilt vorläufig bis zum 30. September 1932.

Der Schiedsspruch wird von den Gewerkschaften wohl abgelehnt werden.

Kompromißlösung im nord-westböhmisches Kohlenrevier.

Die Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern im Ostrau-Karwiner Revier sind nach Einbringung eines Vermittlungsvorschlages des Arbeitsministers abgeschlossen worden. Die Aufnahme neuer Arbeiter soll danach solange eingestellt werden, bis Arbeitermangel herrscht. An Stello von Massenentlassungen soll der natürliche Abgang von Arbeitern und Einzelkündigungen bis zu 10 Prozent der Belegschaft treten. Am 15. April werden die überflüssigen Arbeiter auf einen einmonatigen unbezahlten Wechselaurlaub gesetzt. Davon dürften 12 000 Arbeiter betroffen sein. Die Vertreter der Arbeiter, mit Ausnahme der

Kommunisten, erklärten sich zur Annahme des Vorschlags bereit. Die Vertreter der Bergwerksbesitzer haben den Regierungsvorschlag bereits angenommen.

Lohndiktat der Fuhrunternehmer

Der Lohnstarif des Berliner Schwer- und Leichtfuhrgewerbes war am 29. Februar außer Kraft getreten. Da die Unternehmer zu neuen Verhandlungen nicht bereit waren, trat der Schlichtungsausschuß in Tätigkeit. Hier erklärten sie, einen neuen Lohnvertrag nur abzuschließen, wenn die Löhne auf den Vorkriegsstand herabgesetzt würden. Das würde z. B. für Kutscher einen

Lohnabbau von 27 Prozent

bedeutet haben. Dabei ist ihr Lohn

seit Anfang 1931 bereits um 22—28 Prozent

gekürzt worden.

Auf Beschluß der Fuhrherren-Innung vom 7. April ist nun ein Teil der Berliner Fuhrunternehmer einfach dazu übergegangen, durch Anschlag in den Betrieben den Arbeitern einen Lohnabbau zu diktieren. Danach sollen die Löhne der Kraftwagenführer von 49 auf 42 Mark gekürzt werden, die der Leichtfuhrwerkskutscher von 42 auf 36 Mark, und die Arbeiter, die bisher einen Wochenlohn von 45 Mark hatten, sollen in Zukunft nur noch einen Tageslohn von 7 Mark erhalten. Die Entlohnung für die Pferdepflege soll ganz gestrichen werden, wodurch die Kutscher weitere 3,60 Mark pro Woche verlieren würden.

Die organisierten Arbeiter, gegen die sich die unerhörte Zumutung der Unternehmer richtet, werden am Montag zu dem Diktat Stellung nehmen. Hoffentlich gelingt es ihnen, diesen brutalen Angriff zurückzuweisen.

AUS DEM INHALT:

Die gescheiterte Donaukonferenz.
Die Brüning-Regierung und die Gewerkschaften.
Staatskassen in der Krise.
Siedlungskosten halbiert.
300 Bauern verteidigen einen Hof.
Frauenarbeit in Amerika.
Stalins Krankheit im Lichte christlicher Betrachtung.

Zum Jahrestag der spanischen Revolution.

H. P. Nur noch wenige Tage verbleiben den Ministern, Parteivorständen und anderen Persönlichkeiten zur Ausarbeitung ihrer Reden, die am 14. April, dem ersten Jahrestag der spanischen Republik, gehalten werden sollen. Die Regierung hat den 14. April zum Festtag dekretiert und das Volk zur Teilnahme nach dem Campo del Moro, dem ehemaligen königlichen Park, zu dem früher nur die Aristokratie Zutritt hatte, eingeladen. Das Programm sieht Sportwettkämpfe, Feuerwerk, Zapfenstreich und verschiedene andere Maßnahmen zur Volkunterhaltung vor. Natürlich wird auch ein Stierkampf nicht fehlen.

Die Vertreter der Regierung werden aber nicht umhin können, anläßlich dieses Jubiläumstages einen Rückblick auf das verflossene Jahr zu tun und Rechenschaft darüber abzugeben, was die Republik dem Volke eigentlich gebracht hat. Sie werden diese Leistungen freilich an den Fingern abzählen können: ja, es wird ihnen schwerlich gelingen, auch nur so viele Tatsachen aufzuzählen, daß die fünf Finger einer Hand beschäftigt würden. Sie werden als Ersatz zurückgreifen müssen auf das Wortarsenal, das den Wahlsieg der republikanischen Parteien ermöglichte. Das heißt, sie müssen alle Beredsamkeit aufbieten, um die Stimmung des Volkes hinüberzureiten über die vielen Enttäuschungen, die die Tätigkeit der republikanischen Parteien im verflossenen Jahre gebracht haben.

Man kann, ja, man darf es nicht verheimlichen, daß die Republik aufgehört hat, ein Gegenstand des Jubels bei den Massen zu sein. Nicht daß die Monarchie im gleichen Maße Sympathien gewonnen hätte! Die Republik ist nicht — besser: noch nicht — bedroht, aber eine Arbeiterrepublik gibt es in Spanien nicht und hat es nicht gegeben. Die Volksgemeinschaft ist längst in die Brüche gegangen; die Klassengegenstände treten mit jedem Tag schärfer in Erscheinung.

Die Regierungsvertreter werden in ihren Reden wahrscheinlich nicht erzählen, daß Hunderte von Arbeitern in die Kolonien deportiert werden, und daß die Gefängnisse noch nie so überfüllt waren wie jetzt. Es würde ein öffentliches Eingeständnis der Schwäche sein, wenn die Regierung auf die fortgesetzte Mißachtung der Sozialgesetze durch die Arbeitgeber, besonders der „Kaziken“, hinweisen würde. Aber an der Ohnmacht der Regierung ist diese selber schuld; denn der Kampf gegen die Kapitalisten aller Art kann nur mit Hilfe der Arbeiterschaft geführt werden. Die Bestimmungen des Republikerschutzgesetzes beschränken aber gerade die Waffen der Arbeiterklasse; ja, dieses Gesetz kehrt sich in der Praxis nur gegen die Arbeiter. Während diese in Gefängnisse und in die Verbannung wandern, hört man nur von Geldstrafen gegen Pfaffen und Kapitalisten. Der Regierung ist es noch nicht gelungen, aus der Guardia Civil ein regierungstreues Instrument zu machen. Bei allen Versammlungen der Rechtsparteien wird die Guardia Civil mit Hochrufen bedacht, in dankbarer Anerkennung der Dienste, die sie den Landjunkern leistet. Die Rechtskreise sehen in dieser Truppe immer noch ihre Privatarmee.

Vielleicht wird bis zum Jahrestage noch der Entwurf (der dritte!) zur Agrarreform verabschiedet; denn das Parlament beabsichtigt, wie es heißt, mit Hochdruck in Nachtsitzungen an der Fertigstellung dieses Gesetzes zu arbeiten. Vielleicht wird das Parlament noch einige andere Gesetze verabschiedet, die dann in den Reden am 14. April als Erfolge der Republik gefeiert werden können. Aber all diese Gesetze stehen zunächst nur auf dem Papier. Ob sie angewendet werden — das ist eine Machfrage.

Die Kirchenfrage ist durch das Jesuitengesetz nicht gelöst.

Noch jetzt nimmt im Haushalt 1932 der Posten für die Kirche mehr als 29 Millionen Pesetas ein. Diese Zahlungen werden zwar im Laufe von zwei Jahren verfassungsmäßig eingestellt. Noch bestehen die übrigen Orden, die um nichts weniger als die Jesuiten an der Stärkung der Reaktion arbeiten. Die langen Züge von Kloster-Zöglingen, die in den Straßen Madrids zu sehen sind, zeigen die ungebrochene Macht der Klöster. Die Pfaffen, im Bunde mit den Politikern der Rechten, tun alles, die Aktivität der Regierung zu lähmen.

Es ist zweifelhaft, ob am ersten Jahrestage der Republik eine gehobene Stimmung zustande kommen wird. Die Agitation der revolutionären Parteien fällt in den Hungergebieten Andalusiens auf fruchtbaren Boden. Neue Streikwellen scheinen sich vorzubereiten. Polizei und Guardia Civil befinden sich in steter Bereitschaft. Zu der Tätigkeit der revolutionären Parteien kommt eine lebhaftere Versammlungstätigkeit der Rechtsparteien, die geradezu den Eindruck erweckt, als befände sich Spanien mitten in einem Wahlkampf. Die Rechtsparteien fühlen sich durch die guten Erfolge ihrer Versammlungen sehr ermutigt und verstärken den Ruf nach Auflösung des Parlaments, was — wie sie sagen — in keiner Weise mehr dem Willen des Volkes entspräche. Der Leiter der Radikalen Republikanischen Partei, LERROUX, fährt fort, dem Volke, vor allem den Kleinbürgern, zu suggerieren, er werde regieren. Er wird nicht müde, zu erklären: „Man kann nicht gegen mich, nicht einmal ohne mich regieren.“

Die katholische Presse berichtet mit toller Freude über die starke Beteiligung der Bevölkerung an den Osterfestlichkeiten. Ohne die Augen vor den tatsächlich starken Einfluß der Kirchengewohnheiten zu verschließen, kann man diese Anteilnahme zum großen Teil auf den Geschäftsgeist der Menschen zurückführen, die bei Kirchenfeierlichkeiten die Gelegenheit zum Geldverdienen wahrzunehmen und auszubauen verstehen. Die Kirche hat deswegen im Kleinbürgertum kaum grundsätzliche Feinde.

Zur katholischen Presse ist nun auch wieder das einflussreiche Blatt „El Debate“ gestossen, daß 66 Tage lang verboten war. AZANA hat sein Wort, daß die Zeitung erst im Frühjahr wieder erscheinen darf, gehalten. Die bürgerlichen Zeitungen begrüßten den „lieben Kollegen“ mit warmen Worten.

Wenn die Reaktionäre aller Schattierungen zum Jahrestag mit Befriedigung auf die Entwicklung der Republik blicken können, so nur deswegen, weil die Arbeiterschaft heute noch wie vor einem Jahre in Uneinigkeit verharret. Die Gründe dafür sind in nichts verschieden von denen, die auch in Deutschland die Arbeiterklasse in viele Lager teilt. Die Erbitterung führt zu äußerst traurigen Folgen: Vor wenigen Tagen ist in Madrid ein Sekretär des Bauarbeiterverbandes (einer freien Gewerkschaft) von einem Syndikalisten auf der Straße niedergeschossen worden und starb einen Tag später an den Folgen der Verletzung. Solche Ereignisse vertiefen die Gegensätze naturgemäß noch mehr.

Die spanischen Genossen sollten die Erfahrungen im ersten Jahr der Republik beherzigen und für das zweite Jahr eine Politik anbahnen, die die Voraussetzungen für Erfolge schafft: Eine Politik zu gemeinsamem Handeln.

„Selbstständigkeit“ der Mandchurei.

Tokio, 8. April.

Amtlich wird mitgeteilt, daß im japanischen Kolonialministerium eine besondere Abteilung für die Kolonisierung der Mandchurei gebildet worden sei. Das Ministerium habe einen Plan ausgearbeitet, welcher die Ansiedlung von 500 000 japanischen Bauern in der Mandchurei vorsieht. Ein anderer Entwurf sei unabhängig davon vom Innenministerium über die Ansiedlung von koreanischen Arbeitern in der Mandchurei ausgearbeitet worden.

Lojang, 8. April.

Der Vorsitzende der Nanking-Regierung, WANGSINWEI, wies in einer Rede darauf hin, daß die Konferenz der Kuomintang sich in dem Augenblick versammle, in dem sich das Schicksal Chinas entscheide. China werde sich niemals mit der Abtrennung der Mandchurei einverstanden erklären. Japan wisse genau, daß es die Waffen nicht ruhen lassen werde, solange die Mandchurei nicht China zurückgegeben worden sei.

WAHN-EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pachtelreiter-Verlag, Berlin

(83. Fortsetzung und Schluß.)

Jetzt brausen zwei italienische Flieger fünfzig Meter über den Dächern. Gewehre und Maschinengewehre fallen sie an. Der eine todesmutige Italiener wirft seinen mörderischen Gruß auf die Esplanade des Invalides, stürzt hinüber aufs andre Seiufer, bombardiert den Jardin des Tuileries, schraubt sich wieder in die Höhe, indem er die dritte Bombe auf die Place Vendôme herabschleudert. Nach fünfzig Metern sackt er ins Dächergerwirr, dem eine Feuersäule entspringt. Der andre der beiden Flieger segelt wie ein Wrack mit hängender Tragfläche vom Champ de Mars her über die Seine, er hat schon Dutzende von Kugeln im Apparat, aber er steuert ihn weiter nach Norden. An der Place de l'Etoile erreicht ihn das Geschick. Im Sturz überschlägt er sich zweimal. Die Trümmer schmettern auf dem Arc de Triomphe auf, unter dem der unbekannte Soldat noch den Traum des letzten Weltkrieges fortträumt. Seine aufgeschauelte Seele fährt aus der Steingruft, irrt über der Vernichtung: gestorben einst für das Vaterland! Verdammt, die große Menschenschmach neu zu erleben.

Der Arc de Triomphe zerspringt in Splitter. Die Gasbombe und die Sprengbombe, die der abgesackte Flieger noch an Bord hatte, sind detoniert.

Menschenfetzen, Autoreste, Asphaltbrocken, Steinschutt prasseln über Boulevards. Blutströme wälzen sich durch die Gassen. Giftdampf strömt durch Mauern und Menschenhaut. Todschröeln mischt sich mit irrem Gelächter. Tobsüchtige zerprengen ihre Schädeldecken an Laternen und Mauerecken. Aus Kathedralen wimmert, flucht, betet es zum feurigen

Staatskassen in der Krise.

In Australien.

Die australische Regierung hat beschlossen, die Einkünfte des Staates Neusüdwales zu beschlagnahmen und damit den Zinsendienst für dessen ausländische Schulden abzudecken, da der Ministerpräsident von Neusüdwales, LANG, vor kurzem die Zahlungsunfähigkeit für die fällige Rate erklärt hat. Zunächst soll die Einkommensteuer beschlagnahmt werden. Ministerpräsident LANG ließ am Freitag sämtliche Türen des Steuerarchivs verriegeln, um die Beschlagnahme zu verhindern. Er hat bereits 1¼ Million Pfund von der Bank von Neusüdwales abgezogen, um deren Beschlagnahme durch die Bundesregierung zu vermeiden.

In der Türkei.

Unter dem dauernden Wunsche, weitere Einsparungen im Haushalt zu ermöglichen, will die Türkei jetzt weitere türkische Auslandsvertretungen und Konsulate zusammenlegen. So soll auch die türkische Gesandtschaft in Madrid aufgehoben werden. Manche geplante Steuern haben sich als unwirtschaftlich erwiesen. Vor allem hat man die Junggesellensteuer wieder fallengelassen, da sich herausgestellt hat, daß es in der Türkei zu wenig heiratsfähige Unverheiratete über 20 Jahre gibt, um ein solches Steuergesetz zu rechtfertigen.

In Chile.

Die Krise in Chile, die wegen der Unstimmigkeiten über das neue Währungsgesetz (es handelt sich um den Antrag der Regierung auf Aufhebung der Goldwährung) ausgebrochen ist, nimmt einen raschen Fortgang. Der Präsident hat in einer Verordnung die Verhängung des Standrechts erklärt. Vor der Zentralbank hatten sich große Menschenmengen angesammelt, die ihr Papiergeld in Silber um-

wecheln wollten. Es mußten von anderen Banken große Mengen von Silbermünzen herbeigebracht werden. Die Spannung in Santiago ist ungeheuer, da überall von einer bevorstehenden Revolution gesprochen wird. Die Wachen vor dem Präsidentenpalast sind verstärkt und Maschinengewehre auf den Dächern aufgestellt worden. Ein neues Kabinett ist gebildet worden, von dessen Zusammensetzung sich die Regierung eine Beruhigung der Bevölkerung verspricht.

Der Präsident von Chile, MONTERO, hat mit der Erklärung des Belagerungszustandes ein Manifest erlassen, in dem es heißt, daß er mit eiserner Faust durchgreifen wolle. Die Schuld an den Unruhen trügen die skrupellosen Elementen, deren Propaganda sich in der Hauptsache auf die finanziellen Schwierigkeiten des Landes stütze.

Den Anlaß zu den Unruhen hat der Versuch, den Präsidentenpalast zu stürmen und die Regierung zum Rücktritt zu zwingen, gegeben, der von dem Kommandanten der Kavallerieschule und einem Infanterie-General vorbereitet war. Ferner soll auch der frühere chilenische Botschafter in den Vereinigten Staaten, DAVILA, an dem Anschlag beteiligt gewesen sein. Alle Verdächtigen wurden verhaftet. Wie es heißt, ist die Bildung einer stark links gerichteten Regierung beabsichtigt gewesen.

Der Abtransport der PICCARD-Gondel, die in einem belgischen Museum aufgestellt werden soll, macht die größten Schwierigkeiten. Es mußte bis in die Nacht gearbeitet werden, da Lawinen- und Sturmgefahr drohte. Trotzdem war das Unglücksding am nächsten Morgen, als die Mannschaft die Arbeit wieder aufnehmen wollte, verschwunden. Sie war ins Rollen gekommen und dann in eine 10 m tiefe Eisschlucht gestürzt. Da liegt sie einstweilen fest.

Finanznot der Kommunen. Kreis Oberbarnim vor dem Bankrott.

e Eberswalde, 7. April.

Wie das Kreisamt des Kreises Oberbarnim mitteilt, wurden Ende März 1932 aus öffentlichen Mitteln 10 131 Hauptunterstützungsempfänger, mit Familienangehörigen 19 228 Kreisangehörige, unterstützt. Da der Kreis Oberbarnim nach der letzten Volkszählung 80 657 Einwohner hat, entfallen auf 1000 Einwohner etwa 250 Unterstützungsempfänger. Zur Unterstützung der wachsenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat der Staat bisher jeden Zuschuß verweigert. Das Reich gewährt nur unzureichende Beihilfen. Die gesamten Lasten werden zu 70 Prozent vom Kreise, zu 30 Prozent von den Gemeinden getragen. Die Kassen des Kreises und der Gemeinden sind leer. Die Rechnungen können nicht mehr pünktlich bezahlt, der Zinsendienst nicht

mehr geleistet werden. Der Kreisausschuß hat der Reichsregierung mitgeteilt: wenn die Reichsgesetzgebung nicht in letzter Stunde die Lasten auf breitere Schultern verteilt, dann ist der Zusammenbruch des Kreises Oberbarnim in absehbarer Zeit zu erwarten.

Gemeinde stellt Wohlfahrtsleistungen ein.

Rgb. Der Bürgermeister des Amtes Bork (Münsterland) teilte im Finanzausschuß mit, daß der Wohlfahrtshaushalt von 921 000 Mark im Vorjahr auf 1 515 000 Mark gestiegen sei. Die letzten Reserven seien hergegeben und alle Wohlfahrtsleistungen, abgesehen von den Beträgen, die der Staat dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt habe, hätten eingestellt werden müssen. Ohne einen Aufwand von mindestens zwei Millionen Mark für die Sanierung des Bezirksfürsorgeverbandes und des Wohlfahrtsamtes seien Amt und Gemeinden verloren.

Material für die „Lügenabwehrstelle“.

La. Im Februar 1931 tagte vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M. ein Prozeß gegen verschiedene NS, die des Votschlages an einem Kommunisten beschuldigt waren. Damals wurde beanstandet, daß als Beisitzer der Landgerichtsrat FRITZ KREBS fungierte, der als Mitglied der NSDAP und Leiter ihrer Frankfurter Rechtsauskunftsstelle bekannt war. Auf Eingreifen des Justizministers erklärte KREBS, er sei nicht mehr Mitglied der Partei. Auch weiterhin zeichnete jedoch KREBS als Einberufer auf Plakaten des nationalsozialistischen „Kampfbundes für deutsche Kultur“. In einer „parteiamtlichen Anordnung“ der NSDAP (veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“) wird wiederum KREBS als Leiter der Rechtsauskunftsstelle Frankfurt a. M. angegeben. Und als Krönung des Ganzen: KREBS kandidiert für die NSDAP zur preußischen Landtagswahl.

Hugenbergs Absage an Dingeldey.

HUGENBERG hat DINGELDEYS Vorschlag: DNVP, DVP und die kleineren bürgerlichen Parteien sollten für die Preußenwahl eine Listenverbindung eingehen, abgelehnt. Begründung: zeitlich und technisch sei die Ausführung des Vorschlags unmöglich.

Drei Urteile wegen übler Nachrede.

Wir hatten in unserer gestrigen Nummer über die Verurteilung des sozialdemokratischen Münchener Redakteurs GRUBER berichtet. Er hatte eine angebliche „Schwarze Liste“ veröffentlicht, in der die NS Personen aufgeführt hätten, die sie beseitigen wollten. Die Liste war aber von einem nationalsozialistischen Lockspitzel gefälscht worden. GRUBER war auf diese Fälschung hereingefallen. Er wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zur Vergleichung interessant ist ein Urteil, das im Dezember vorigen Jahres vom Amtsgericht München gegen den nationalsozialistischen Redakteur NIPPOLD gefällt wurde. NIPPOLD hatte in seiner Zeitung die Behauptung aufgestellt: der Landtagsabgeordnete AUER (SP) habe unter Meineid bestritten, daß „Reichsbanner“ bzw. SP Waffenlager hätten. NIPPOLD wurde im Dezember zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt.

Trotzdem wiederholte er im Januar seine Behauptung über AUER. Am Freitag fand eine neue Verhandlung gegen NIPPOLD statt. Er wurde zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Nachthimmel hinauf. Flammenbündel wehen wie lodrende Fahnen, der Trocadéro stürzt als steile Flamme aufwärts. Die Lichtkegel der Scheinwerfer kreisen. Kanonen donnern. Maschinengewehre rasseln. Flugzeuge sausen nieder wie Meteore.

Das Herz Frankreichs, das Herz eines liebenswerten Volkes wird von Dämonen in Stücke gerissen.

Der Geist des Unbekannten Soldaten schwebt schauernd über dem Grabmal, das die Ueberlebenden nicht ihm, sondern ihrer eigenen Hoffnungslosigkeit errichteten. Er schwebt frierend über Europa, von dem er verraten wurde.

Der Geist des Unbekannten Soldaten weicht flüchtend zurück vor Wahn-Europa, vor der Menschenerde, die, um das Leben zu gewinnen, erst den Kreuzestod erleiden muß.

Mit rotem Brand steigt die Morgensonne aus der Adria herauf.

Leichengeruch dampft ihr entgegen.

Der Dom zu Mailand buckelt sich als marmornes Trümmergebirge über einem Meer von Giftnebel. Was darunter stöhnt und verendet, weiß niemand.

Dort, wo Turin, Alessandria, Cremona und Florenz liegen müssen, strecken nur Stümpfe von Kirchtürmen ihre Trostlosigkeit und Anklage über qualmonde Giftschwaden hinaus.

Gegen den Hafen von Genus branden die blauen Wogen und schleudern Schiffstrümmer und menschliche Gliedmaßen an den Felsenstrand. Die Stadt selbst ist ein rauchender, brennender Haufen.

Heere von Uniformen und Zivilisten bedecken die Landstraßen.

Heimatlose Tierhorden mit menschlichem Antlitz geistern durch Wälder. Verrocken wie vergiftete Hunde. Dörfer sind stumme Fackeln. Städte hallen wider von rasseldem Röcheln und bellendem Lachen.

Hunderte französischer Flieger stoßen immer noch hyänengleich über bewohnter Erde durch die Morgenhelle. Erbarmungslos halten sie sich an ihre Befehle: Wo ein französischer Flieger über Feindland erscheint, muß unter ihm das Leben dem Tode verfallen.

Roms Ewigkeit verbrennt zwischen Feuersäulen. Die Ruine der Peterskirche, Fels und Wahrzeichen brüderlicher Menschenliebe, starrt seelenlos zum blauen Südhimmel hinauf.

Der Palazzo Venezia steht stumm in seiner Zerstörung. Menschenkadaver, mehrfach geschichtet, bewachen ihn in grausiger Stummheit.

Drunten, quer über den mächtigen Renaissanceisch geschleudert, zwischen Akten und Staatsdepeschen, liegt ein vorstümmelter Körper. Der Kopf ist zu Brei gedrückt. Ein Arm ist ausgerissen, der so stolz sich einst in die Höhe recken konnte. Hier in diesem Saal müssen verzweifelte Fäuste zugepackt haben!

Ein geronnener Blutbach läuft, wie eine verspätete Antwort, über eine Depesche, auf der die erstarrte Faust Capponis ruht, gerade dort, wo der letzte Satz des „Helios“-Funkspruches zu lesen ist:

EUROPA ERWARTET MIT HEISSEM HERZEN, DASS SEINE FÜHRER IN DIESER STUNDE SO GROSS SIND, WIE SIE VOR ZWANZIG JAHREN KLEIN UND UNFAHIG WAREN. FRANKREICH GRÜSST ITALIEN! —
LEON BRANDT.

Ein müde gewordener Baum ließ vorzeitig gereifte Früchte zu Boden fallen. Sie zu sammeln, marschieren russische Divisionen durch Sowjet-Polen, den Grenzen Mitteleuropas entgegen.

Ende.

Die Brüning-Regierung und die Gewerkschaften.

Bg. Vom Herausgeber des „Gewerkschaftsarchivs“ wird uns der Vordruck eines Aufsatzes „Politik BRÜNING“ (von H. WICKEL) aus der April-Nummer der genannten Zeitschrift zur Verfügung gestellt. Wir weisen auf diesen Aufsatz hin, da er uns zeigt, daß unser Versuch, die Gewerkschaften von parteipolitischen Bindungen zu befreien, um sie für ihre wirklichen Aufgaben aktionsfähig zu machen, nicht vereinzelt dasteht. In dem erwähnten Aufsatz wird die gegenwärtige Taktik der Gewerkschaften ganz ähnlich beurteilt, wie das im „Funken“ häufig geschehen ist.

Der Verfasser zeigt, ein wie großer Fehler es war, daß die Gewerkschaften im Juli 1930 (aus Sympathie für die SP, Bg.) dem Kampf gegen die Regierung auswichen. „In einer Situation, wie sie im Juli 1930 seit mehreren Jahren erstmalig wieder entstanden war, können die proletarischen Organisationen wirksam nur außerparlamentarisch eingesetzt werden. Das ist nicht ohne und gegen die Gewerkschaften möglich, so daß also der Schlüssel zur Situation bei den Gewerkschaften lag. Dadurch, daß die Gewerkschaften damals auf stärkere Kraftentfaltung gegen die Regierung verzichteten, haben sie sich selbst der Manövrierfähigkeit beraubt, deren Verlust heute die gesamte Arbeiterbewegung lahmlegt.“

Man darf nicht glauben, daß man den Faschismus entscheidend schlagen kann, wenn man sich im wesentlichen darauf beschränkt, BRÜNINGs Kampf gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen. Denn es ist klar, daß BRÜNING seine scharfe Stellung gegen die Nationalsozialisten „nur genau so lange halten kann, als HITLER die große Gefahr im Hintergrund zu sein scheint und die Arbeiterschaft gewillt ist, sich mit einem Wortkampf gegen HITLER als „Kompensation“ für die sehr realen Lohnabzüge, Verminderungen der Sozialleistungen und Fortnahme der demokratischen Rechte abfinden zu lassen. Die Vierte Notverordnung und die HINDENBURG-Wahl dürften so ziemlich das äußerste gewesen sein, was die Gewerkschaften und Sozialdemokratie tragen konnten, ohne ihren Bestand zu gefährden. Das Ende der BRÜNING-Politik

... dürfte also nicht mehr allzu fern sein. BRÜNING muß sich dann nach rechts entscheiden. ... Die Wirtschaftskrise wütet weiter. ... Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik ist aber für die Gewerkschaften nicht mehr möglich. Vielleicht kann die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Hinblick auf die „nationalsozialistische Gefahr“, die angeblich dadurch gebannt wird, noch eine Zeitlang den bisherigen Kurs fortsetzen, ohne die Partei zu zerstören, die Gewerkschaften können es nicht mehr, ohne damit ihre Funktionen aufzugeben.“

Auch wir haben schon auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sich später ein gemäßigter Teil der Nationalsozialisten herausbildet, der für BRÜNING oder einen seiner Zentrumsfreunde koalitionsfähig wird. „Dann endlich kann BRÜNING auch auf die Tolerierung durch die Sozialdemokratie verzichten. Partei und Gewerkschaften sind dann gezwungen, den Kampf, dem sie seit dem Juli 1930 ausgewichen sind, unter den ungünstigsten Bedingungen aufzunehmen. Es steht ihnen dann eine mit stärksten Machtmitteln ausgerüstete Staatsgewalt gegenüber, die Festung Preußen wird gefallen sein, während die Gewerkschaften durch eine vierjährige Krise und die demoralisierende „Tolerierung“ der Notverordnungen viel von der Stärke, die sie noch im Jahre 1930 hatten, verloren haben werden.“

Hoffentlich finden solche, jetzt noch sehr vereinzelt Stimmen bei den Gewerkschaften die nötige Beachtung, so daß sie endlich dazu übergehen, ihre Entscheidungen von denen der SP oder anderer Parteien unabhängig zu machen. Sie ist dazu — wir betonen es immer wieder — durchaus in der Lage; rein zahlenmäßig ist sie mehrfach so stark wie die SP, und ihre Kraft wird wachsen in dem Maße, in dem sie sich von dem Bleigewicht der SP löst, das die Kampftätigkeit ihrer Führer lähmt und die kampffreudigen Mitglieder verärgert. Nicht von parteipolitischen, sondern von gewerkschaftlichen Interessen muß die Gewerkschaftsarbeit bestimmt werden.

Die Aufgaben des Krisenkongresses des ADGB.

Bey. Berlin, 9. April.

Zu diesem Thema veranstaltete der ISK-Ortsverein Berlin gestern abend eine öffentliche Versammlung.

In seiner einleitenden Rede wies Genosse RAUSCHENPLAT auf die ökonomische Gefahr der heutigen Situation hin und auf die daraus erwachsende politische Gefahr. In der gegenwärtigen verzweifeltsten Lage ist es schon erfreulich, daß die Freien Gewerkschaften überhaupt einen Krisenkongress einberufen. Allein schon diese Ankündigung hat eine Hochkonjunktur hervorgerufen, — allerdings nur von Plänen zur Krisenbekämpfung. Neun solcher Vorschläge erwähnte Genosse RAUSCHENPLAT und erläuterte dann einige Einzelheiten des Programms, das der ISK zur Krisenbekämpfung aufgestellt hat, und das im Gegensatz zu den meisten anderen Vorschlägen ein einheitliches Ganzes bildet. Das Programm des ISK zur Krisenbekämpfung leistet mehr, als die Arbeiterschaft vor dem drohenden Hungertod zu bewahren. Seine Durchführung würde die Kampfkraft der Arbeiter im Kampf stärken. Es würde den Bauern zeigen, daß die Arbeiter ihre Bundesgenossen sind. Die vorgeschlagenen Maßnahmen selber gehen überdies in der Richtung auf den Sozialismus.

Die Diskussion schloß sich in der Hauptsache an den von einer SAP-Genossin erhobenen Vorwurf an, im Programm des ISK, dessen richtige ökonomische Ansätze sie durchaus anerkenne, werde kein Sozialisierungsprogramm herausgearbeitet und kein politischer Weg zur Verwirklichung gezeigt.

„Der Seher.“

—el. Brennende Fragen: Kommt es zum Bürgerkrieg? Wie steht's um eine neue Währung? Was bringt der zweite Wahlgang?

Wir haben es nicht mehr nötig, schwierige Uebersetzungen über solche Fragen anzustellen. Für 15 Pfennige kann jedermann sichere und unparteiische Auskunft erhalten. Er kaufe sich den „Seher“, die „deutsche astrologische Zeitung“, die aus dem Stand von Mond und Sternen alle Geheimnisse enthüllt.

Ja, was wird der zweite Wahlgang bringen? Sehr einfach: das Horoskop belehrt uns darüber (nach Nr. 5 der genannten Zeitung), daß THÄLMANN die geringsten und HINDENBURG die größten Erfolgsmöglichkeiten hat. Vielleicht hat das der eine oder andere unserer Leser auch ohnedies bereits gewußt. Aber immerhin!

Für THÄLMANN und HITLER steht „ein tragisches Geschick ... in den Sternen geschrieben“. „Das muß bei beiden Männern einen tragischen Endausgang ihrer Unternehmungen zur Folge haben.“ Auch steht für beide ein „Tod unter etwas seltsamen Begleitumständen“ zu erwarten. Sehr aufschlußreich, nicht?

Aber sogar die „in letzter Zeit vielgenannten Beziehungen HITLERS zu maßgebenden Geldmagnaten sowie die offene und geheime Gönnerschaft, deren sich er und seine Partei seitens kapitalkräftiger schwerindustrieller Kreise erfreuen, finden ihre astrologische Spiegelung“ am Sternenhimmel. „Möge HITLER die Gefahren erkennen, die ihm aus dieser Richtung drohen!“

Ja, HITLER kann überhaupt viel lernen aus diesem Blatt, das man nach der schreienden äußeren Aufmachung zuerst für eines seiner Parteiblätter halten könnte!

„HITLER hätte besser daran getan, seine Partei nicht zum Kampf gegen einen HINDENBURG antreten zu lassen. Doch kosmische Kräfte, und das beweist dieser Kampf zwischen HITLER und HINDENBURG erneut, sind eher stärker als menschliches Wollen und Wünschen.“

Im Ausspracheteil dieses Witzblattes, pardon: dieser „kosmisch eingestellten Zeitung“, fragt ein intelligenter Leser — wirklich: die Frage ist klug gestellt! —

Auf den angeblichen ersten Mangel wurde erwidert: Bevor man überhaupt daran geht, ein Sozialisierungsprogramm aufzustellen, ist die Ueberlegung notwendig, ob man ein Sozialisierungsprogramm aufstellen soll, ob die Produktionsmittel nicht auch ihren Kapitalcharakter verlieren können, ohne daß sie vergesellschaftet werden.

In seinem Programm zur Krisenbekämpfung hat der ISK einen Weg zur Verwirklichung aufgezeigt, und zwar den einzigen, der heute möglich ist, nämlich die gewerkschaftliche Aktion. Die Gewerkschaften sind heute die einzigen Arbeiterorganisationen, die noch schlagkräftig und relativ revolutionär genug sind, um solche Maßnahmen zu fordern und zu erzwingen, wie sie der ISK vorschlägt. Allerdings wird die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gebremst durch die zersetzende Fraktionsarbeit verschiedener Parteien (vor allem der KPD, aber zum Beispiel auch der SAP). Nur eine parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsarbeit, wie sie der ISK verlangt und ISK-Genossen leisten, erhält die Schlagkraft der Gewerkschaften und stärkt sie darüber hinaus.

Der Hochverratsprozeß in Moskau zieht weitere Kreise. Die GPU hat gegen den polnischen Staatsbürger DEMIDOWITSCH ein Verfahren wegen Hochverrats und Spionage zugunsten Polens eingeleitet. DEMIDOWITSCH wurde als Zeuge im Prozeß STERN vernommen und belastete polnische amtliche Stellen. Er ist der Schwager des weißgardistischen Generals DENIKIN.

„Am Schluß eines Artikels in einer astrologischen Zeitung heißt es, daß die Sterne zwingen. Wenn das der Fall ist, wäre man doch eigentlich dumm, wollte man an sich arbeiten. Dann müßte man sich auch umbringen, wenn die Sterne entsprechend stehen.“ Was antwortet die Zeitungsredaktion?

„Ob der Mensch den Einflüssen der Gestirne bedingungslos unterworfen ist oder nicht, hängt vom Menschen selbst ab. Der primitive Mensch wird den Einflüssen ohne weiteres preisgegeben sein. Der Verstandesmensch kann sein Schicksal teilweise korrigieren, soweit es sein Verstand zuläßt. ... Der Mensch, der sein Horoskop genau kennt und sich zu Zeiten schlechter Saturnstellungen zurückzieht und freiwillig verzichtet, wird oftmals kaum die Saturnwirkung spüren, während andere fast darunter zerbrechen können. ... Der reine Magier schließlich, der auch durch die freiwillige Askese gegangen ist, der die „Welt hinter sich gelassen hat“, meistert sein Schicksal.“

Diese Weisheit erinnert an den alten Bauernausspruch: „Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert sich's Wetter oder's bleibt, wie es ist.“ Daran wird hoffentlich auch keiner der kritisch veranlagten Leser des „Funken“ zweifeln!

Noch zwei Bemerkungen aus dem Ausspracheteil dieser Zeitung, die mir ein kosmischer Lufthauch in den Briefkasten geweht hat, möchte ich hier festhalten:

„Wenn Sie Ihre Ehe in den Revolutionstagen geschlossen haben, so ist es freilich nicht zu verwundern, wenn es in Ihrer Ehe auch immer wieder kleine Revolten gibt. Denn das Ehehoroskop ist dann eben auch auf Revolution eingestellt.“

All mein Staunen vor den astrologischen Geheimnissen ist weg, seit ich dies gelesen. Ich glaube, ich kann jetzt auch schon astrologische Schlüsse ziehen.

Und dann die zweite Wahrheit: Ein guter Rat: „Es freut mich, daß Sie sich soweit in die Astrologie eingearbeitet haben. In der Anthroposophie suchen Sie aber nicht allein Ihr Heil, sondern suchen Sie überall, ohne sich an eine Weltanschauung allein zu binden.“

Das ist etwas für den „Funken“-Leser, der entgegen dem Skeptizismus und Relativismus unserer Zeit an dem Glauben festhält, daß es dem Menschen möglich ist, kraft

Vor schweren Kämpfen im Ruhrbergbau.

Rgh. Der Zechenverband hat — wie wir bereits meldeten — den Manteltarif für den Ruhrbergbau zu Ende Mai 1932 gekündigt. Der bestehende Manteltarif ist seit dem 1. Juli 1929 in Kraft. Er wurde im vergangenen Jahr durch einen Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Arbeitnehmer gefällt und auf Antrag der Bergarbeiterverbände vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, mit Wirkung ab 1. Juni 1931 mit unbedeutenden Änderungen verlängert.

Der Manteltarif legt die Sieben-Stundenschicht für die Untertagearbeiter fest. Neben diesem Manteltarif läuft ein Mehrarbeitsabkommen, das sowohl für die Untertage- als auch für die Ubertage-Arbeiter eine Stunde Mehrarbeit vorsieht.

Der Lohntarif ist noch nicht gekündigt. Man rechnet aber mit einer Kündigung am 1. Mai zum 31. Mai. Die Absicht der Unternehmer, die Löhne der Bergarbeiter weiter zu senken, ist um so verwerflicher, als schon jetzt in vielen Fällen das Netto-Einkommen der Bergarbeiter unter den Unterstützungssätzen der Wohlfahrtsunterstützung liegt.

Der Ernst der Kämpfe, vor denen die Ruhrbergleute stehen, wird durch folgende Zahlen über ihre Reservearmee beleuchtet:

Ende Februar 1932 wurden im Ruhrbergbau rund 4000 Bergarbeiter, Mitte März 1500 entlassen. Zu Ende März lagen wiederum rund 2000 Kündigungen vor. Auf 100 beschäftigte Bergarbeiter entfallen im Ruhrbergbau jetzt im Durchschnitt 37 arbeitsuchende Bergarbeiter.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 12. April, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 13. April, um 20 Uhr, Gesellschaftshaus Isert, Maxstraße 12. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitler-Gefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir! — Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bochum: Dienstag, den 12. April, um 20 Uhr, spricht CHYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal „Zur Vidume“, Dorstener Str. 14, über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Hamburg: Donnerstag, den 14. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Zur Hamburger Bürgerschaftswahl.

Witten: Mittwoch, den 13. April, um 19.30 Uhr, spricht CHYIN CHEN, aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal der Wirtschaft Büchelholz, Winkelstr., über das Thema: Sturm über Asien. Was geht in China vor?

Zwickau: Montag, 11. April, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Str. Thema: Arbeiterschaft und Parlamentarismus.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Essen: Sturm über Asien! Wohin treibt China? Ueber dieses Thema spricht die Genossin CHYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung am Montag, dem 11. April, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Gartke (Siemensplatz). Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Eisenach: Donnerstag, den 14. April, 20 Uhr, spricht CHYIN CHEN im Saale der Clemdor über: „Die Lage in China und das europäische Proletariat.“ Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

seiner Verstandeskräfte und seiner Vernunft sich eine sichere Weltanschauung zu erarbeiten. Sie nicht an eine Weltanschauung binden! Das könnte ja zu etwas verpflichten. Und schlimmer: das könnte den Scharlatanen der Astrologie und Anthroposophie, der kosmischen und sonstigen ... ischen Lehren die Ernte verhaseln. Wer wollte dann die Bücher, Zeitschriften und Zeitungen all der Wahrsager und Schreibhalse kaufen!

Doch keine Bange. Sie werden noch gekauft, und HITLERS Sterne leuchten. Wer Augen hat zu sehen, der sehe!

„Könige, Pfaffen und Bodenbesitzer. Die wissen das Volk bei ihren Instinkten zu fassen!“ Richtig, Genosse TOLLER. Aber Sie haben vergessen, die Redakteure, die Kinoregisseure und die Naziführer zu nennen.

Stalins Krankheit

im Lichte christlicher Betrachtung.

W-er, „Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß Gottes-hasser gegen Ende ihres Lebens meistens (!) irrsinnig werden. Sie sinken herab auf jene Stufe, die noch unter dem Tiere liegt. Obwohl man mit jedem Kranken Mitleid haben muß, am meisten mit denen, die den Gebrauch der Vernunft verloren haben, drängt sich bei den Nachrichten über STALINS Erkrankung doch der Gedanke auf, daß hier die strafende Hand Gottes ausholt zu einem vernichtenden Schlag.“

Mit diesen erbauenden Worten beginnt ein Leitartikel des „Moosburger Tagblattes“, einer oberbayerischen Provinzzeitung. Er trägt die tief sinnige Ueberschrift: „Der lange Arm.“ Und dieser „lange Arm“ benötigt offenbar zur Amtsführung den Moosburger Armleuchter.

Uebrigens meint Gott es mit den Gotteshasern offenbar gut, daß sie erst „gegen Ende ihres Lebens“ irrsinnig werden. Wie die Moosburger Schreiber zeigen, trifft es die Gottliebenden schon in der Blüte des Lebens — oder sollte die Redaktion und Leserschaft des „Moosburger Tagblattes“ am Ende des Lebens stehen? Dann stürben sie wenigstens bald aus.

300 Bauern verteidigen einen Hof.

Der Widerstand, den der dänische Bauer NISSEN dem Vorgehen der Polizei entgegengesetzt hat, und die revoltierenden Bauern bis vor den Thron des Königs gebracht hat, hat nun auf holsteinischem Boden ein neues Gegenstück gefunden.

Der Hof Bremsburg bei Husum war im Zwangsaufgebot in anderen Besitz übergegangen. Der vorherige Besitzer MAX LEVSEN weigerte sich aber, den Hof freiwillig zu räumen. Zur Ausführung der Zwangsräumung erschienen am Donnerstag Landjägerbeamte auf dem Hof. LEVSEN erklärte, daß seine Frau krank zu Bett liege. Der fernmündlich herbeigerufene Kreisarzt stellte aber die Transportfähigkeit der Frau fest. Zum Abtransport der Möbel wurde ein Möbelwagen aus Flensburg beordert. Der Wagen mußte aber auf der Landstraße stehen bleiben, da der nach dem Hof führende Weg stark verschlammte war. Außerdem waren die vorher zu beiden Seiten des Weges stehenden großen Bäume abgesägt und als Hindernis über den Weg gelegt worden. Auch durch Aufschütten von Lohm hatte man den Weg unbefahrbar gemacht. Die Einfahrt zu einem anderen Seitenweg war durch einen Wall verschüttet worden. Als die Landjäger auf dem Hof erschienen waren, sammelten sich Landwirte aus der Umgegend. Sie hielten schließlich in einer Stärke von etwa 300 Mann den

Hof besetzt. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit mußten zwei Kommandos Schutzpolizei aus Flensburg und Schleswig herbeigerufen werden. Als diese eintrafen, konnte die Räumung des Hofplatzes schnell vorstatten gehen. Die sich immer wieder sammelnden Bauern wurden mit dem Gummiknüppel zurückgetrieben, die Zwangsräumung jedoch mußte vorläufig unterbrochen werden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir das Buch von HANS FALLADA: „Bauern, Bonzen und Bomben“ erwähnen (1931 im Verlag Rowohlt erschienen), das die Neunünster Bauernbewegung zur Grundlage hat. Was darin über den Holsteiner Bauernschlag geschrieben wird, ist sympathisch; was dessen Aktionen gegenüber dem Staat angeht, ist in der Darstellung ohne tiefergehende Kritik behandelt; was die „Bonzen“ betrifft — so gerät die Schilderung auf ein unerträgliches Niveau. Schade um diesen sonst so fesselnden Stoff. Den Abwehrkampf dieser holsteinischen Bauern sachkundig und in angemessener Form zu schildern in all seiner Kraft und Halsstarrigkeit, und in seiner Gefahr von politischen Agitatoren ausgenutzt zu werden, wäre aufschlußreich und könnte dazu dienen, das so nötige Verständnis für das Bauerntum zu erweitern.

Frauenarbeit in Amerika.

Ich habe Vertrauen in mein Geschlecht.

N. Oe. Ueber dies Thema sprach in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ Emma GOLDMANN die bekannte Anarchistin, die während des Krieges zwei Jahre im Gefängnis war, weil sie die nationalistische Kriegshotze nicht mitmachen wollte.

Sie schilderte aus reicher Erfahrung, wie die amerikanische Frau sich in den letzten hundert Jahren in allen Berufen dem Manne gleichgestellt hat, wie sie seine Anerkennung erwarb als Wissenschaftlerin, als Erzieherin, bei sozialer Tätigkeit, als Leiterin von Banken und Fabriken, als Schriftstellerin.

Aber Emma GOLDMANN zeigte auch, daß dieser äußeren Befreiung noch keine innere Freiheit entspricht. Als Beispiel führte sie an, daß Frauen heute Angst haben, von ihrer Würde einbüßen, wenn sie ihrem Mann Hosknöpfe anziehen, seine Hemden plätten, für ihn kochen. Junge Mädchen möchten Kinder haben — aber sie bleiben einsam, weil sie die finanzielle Abhängigkeit vom Manne scheuen. „Die Frau ist heute wie ein Mensch, der aus dem Gefängnis kommt und sich noch dauernd nach dem Wärter umsieht.“

Sie sprach von dem Versagen der bürgerlichen Frauenbewegung. Zwar hat für die Anarchistin GOLDMANN das Frauenstimmrecht keine Bedeutung, es ist lediglich „das Recht, sich genau so lächerlich zu machen, wie der Mann“, denn stimmen kann selbst der Dummste; dennoch zeigt sie, wie die Frauen oben mit diesem Stimmrecht ganz reaktionäre Forderungen durchbrachten, wie ihr Rechtgefühl versagte; wie lange sie z. B. brauchten, ehe sie sich gewerkschaftlich organisierten, anstatt die Rolle der Lohndrücker zu spielen.

Zum Schluß betonte die Referentin, daß die Frauen eine wichtige Aufgabe haben im Kampf gegen den Krieg. „Die Frauen aus allen Klassen müssen sich frei machen von dem Gedanken, daß sie dazu da sind, Kinder für Kanonen zu gebären. Wenn die Frauen eine gemeinsame Phalanx gegen den Krieg geschaffen hätten, wäre der Erfolg nicht ausgeblieben. Ich habe Vertrauen in mein Geschlecht!“ So schloß sie.

Ein verhängnisvolles Vertrauen, daß die Frauen aller Klassen sich verbünden würden und den Krieg unmöglich machen! In der heutigen Klassengesellschaft und bei der heutigen Erziehung werden leider sehr viele Frauen im

Lager der Reaktion bleiben. Wir sehen ja den Zulauf an Frauen, den die NS haben — trotz ihrer ausgesprochenen Gegnerschaft gegen die Rechte und den Fortschritt der Frauen. Wenn die eicher begrüßenswerte Arbeit der pazifistischen Frauen gegen den Krieg Erfolg haben soll, so sicher nur in Verbindung mit dem sozialistischen Kampf der Arbeiterschaft und in der klaren Erkenntnis, daß der Hauptriß durch die heutige Gesellschaft durch die Klassen — nicht durch die Geschlechter geht. Diese Erkenntnis kam bei Emma GOLDMANN gerade nicht klar zum Ausdruck.

Parlamentarische Demokratie.

e Dessau, 8. April.

Die anhaltische Regierung hatte dem Landtag einen verfassungspäuernden Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Vorverlegung der Landtagswahlperiode bezweckte. Durch diese Vorverlegung sollte es ermöglicht werden, daß die Landtagswahlen am 24. April stattfinden.

Der Landtag versagte der erforderlichen Zweidrittelmehrheit eine Stimme. Der Regierungsentwurf ist also abgelehnt. Das Ministerium wird, „wie vorläufig“, die Wahl trotzdem am 24. April durchführen — womit bewiesen ist, daß es zu ihrer „Ermöglichung“ jener Verfassungsänderung nicht bedurfte.

Vorläufig kein Reichsschulgesetz. Die Reichsregierung hat dem Reichstag auf eine seiner Entschlüsse hin mitgeteilt, sie könne die absehbare Vorlegung eines Gesetzes zur Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Schule nicht in Aussicht stellen.

Anklage gegen christliche Erzieher.

e Prenzlau, 8. April.

Die Staatsanwaltschaft Prenzlau hat gegen mehrere Erzieher des Erziehungsheims Waldhof bei Templin Anklage wegen Körperverletzung und unzüchtiger Handlungen, begangen an Zöglingen, erhoben. Das Erziehungsheim Waldhof gehört der Inneren Mission.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 10. April.

Berlin:

19.00 Orchester-Konzert.

Königswusterhausen:

17.30 Junge Generation spricht: Wie stehen wir zu den heutigen Formen des politischen Kampfes?

Leipzig:

11.30 Bach-Kantate (Reichssendung).

Frankfurt:

8.15 Morgenfeier der Freireligiösen Gemeinde Frankfurt am Main.

Ueber alle deutschen Sender aus Berlin:

ab 19.00 Bekanntgabe der Wahlergebnisse bis zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 Meter):

20.00 Die Taktik der Bolschewiki während des imperialistischen Krieges.

Montag, den 11. April.

Berlin:

16.30 Deutsche Lieder des Rokoko.

19.10 Dr. J. RAUSCHER: Politische Zeitungsschau.

20.15 „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ von BRECHT. (Auch Breslau.)

Königswusterhausen:

16.00 OPREE: Reichsfreizeit für Junglehrer.

19.30 Prof. EBERT: Frühjahrfragen für den Gemüse- und Obstbauer.

Frankfurt:

18.25 Prof. KUENZEL: Das britische Weltreich nach dem Kriege.

Mühlacker:

19.30 „Geheimdiplomatie“. Hörbericht von PAUL LAVEN.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 Meter):

20.00 Zehn Jahre nach Rapallo.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben. 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin, S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand.

Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen.

Die Reichspräsidentenwahl

Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt z. B., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Vegetarische Speisehäuser

zu Berlin

Friedrichstraße 151¹ Behnke

Nähe Bhf. Friedrichstraße

Prinz-Louis-Ferdinand-Str. 21 Kronberg

Verlängerte Charlottenstraße

Mauerstraße 66-67¹ Weber

2. Haus von der Leipziger Straße

Neue Schönhauser Str. 10¹ Meinung

Nähe Bhf. Börse

Alexanderstraße 50¹ Steinhoff

Nähe Bhf. Alexanderplatz

Moabit, Paulstr. 21 Schmelz

Nähe Kriminalgericht

Potsdamer Str. 26a¹ Homann

Nähe Potsdamer Brücke

Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 9 Uhr

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

frischkost-Reichmann

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

C. Lotze

Göttingen

Johannisstr. 2

Butter

Käse, Eier

Landbrot

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt

Flugblätter,

Zeitungen,

Zeitschriften

und jede Art

Geschäfts-

drucksachen



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammler. F 1 Moritzplatz 3471

Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.

Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom

Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund

1.—5. Tausend / 32 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Gescheiterte Verhandlungen.

Die Donaukonferenz in London.

Hr. Fünf Tage lang wurden in London die Donau-Pläne beraten. Es begann mit den privaten Besprechungen TARDIEUS mit MACDONALD am vergangenen Montag, die für die Außenstehenden in dem trüben Dämmerlicht wechselnder und unsicherer Gerüchte verlief. Die französische und die englische Presse, die am Montag die Londoner Vorgänge besorgte und fragend verfolgte, schöpfte am Dienstag morgen plötzlich Hoffnung. In französischen Kreisen redete man von vollständiger Einigung Frankreichs mit England — und zwar im Sinne der französischen Vorschläge. Eine Zeitung glaubte zehn, bis ins einzelne gehende Verabredungen nennen zu können, die von TARDIEU und MACDONALD gemeinsam angenommen worden seien. Amtlich bestätigt wurde nichts davon. Die offiziellen Kundgebungen beschränkten sich auf die üblichen herzlichen Freundschaftsbezeugungen der beiden Ministerpräsidenten und auf den Ausdruck ihrer Befriedigung über das in persönlicher Aussprache Erreichte.

Am Dienstag verhältnismäßige Ruhe: die Finanzsachverständigen Englands und Frankreichs konferieren. Ueber den Finanzausschuß der kommenden Vier-Mächte-Konferenz wird gesprochen; eine französisch-englische Anleihe für die Donaustaaten wird beraten. Die eigentlichen Streitfragen der Donau-Pläne überlassen diese Sachverständigen anderen Leuten.

Um so stärker macht sich die politische Erregung am Mittwoch geltend. Die Vier-Mächte-Konferenz beginnt für die deutsche und die italienische Abordnung mit einer Enttäuschung: Entgegen ihrer Erwartung werden sie über die Ergebnisse der französisch-englischen Vorbesprechungen nicht unterrichtet werden. Schon dadurch ist die Aussprache belastet. Sie führt bald — ohne Ansätze zur Einigung zu bringen — zu einer Klarstellung der einander widerstreitenden Standpunkte, vor allem Deutschlands und Frankreichs.

Die französische Abordnung verlangt ein Vorzugszollsystem innerhalb der fünf Donaustaaten, das ergänzt wird durch Verträge, in denen die Großmächte diesem Donau-Bund Vorzugszölle gewähren, ohne entsprechende Gegenleistungen zu fordern. Die Vertreter Deutschlands protestieren energisch: Dieses doppelte System von Vorzugszöllen sei für Deutschland unerträglich; Deutschland habe den Donaustaaten zwar Vorzugszollverträge angeboten, könne diese aber nur unter der einen Bedingung gewähren, daß es selber seinen Markt im Donauebiet ausbauen könne. Bei einem Vorzugszollsystem innerhalb dieses Gebietes, an dem Deutschland nicht teilnehme, werde ihm dieser Markt durch die tschechoslowakische Konkurrenz streitig gemacht. GRANDI, der Führer der italienischen Delegation, unterstützt den deutschen Protest. Die Lage Italiens ist in dieser Hinsicht der deutschen ähnlich. GRANDI fordert ein Vorzugszollsystem, das unmittelbar außer den Donaustaaten die interessierten Großmächte mit berücksichtigt. FLANDIN, der französische Finanzminister, lehnt diesen Vorschlag mit einem schroffen „Nein“ ab. Er bocht darauf, daß Frankreich als der Geldgeber der Donaustaaten, der auch jetzt, trotz einer gewissen Beihilfe Englands, die Hauptlast der notwendigen finanziellen Unterstützung dieser Länder zu tragen haben werde, eine Sicherung für sein Geld brauche.

Das ist der Hauptgegensatz. Er wurde am Mittwoch nachmittag klar, und zugleich schwand sowohl bei den verhandelnden Diplomaten wie bei den Bericht erstattenden Journalisten fast durchweg die Hoffnung, daß die weiteren Aussprachen

der Konferenz noch einen wesentlichen Fortschritt bringen würden. Man versuchte noch, die Schuld für das Scheitern der ersten Verhandlungen auf die große Zahl der Konferenzteilnehmer zu schieben und durch die Einsetzung eines Ausschusses die Aussprache zu erleichtern; in der deutschen Delegation flammte am Abend noch einmal so etwas wie Hoffnung auf, als nach einem Besuch BÜLows bei MACDONALD die bisher herrschende Meinung von der englisch-französischen Front, der man gegenüberstehe, erschüttert wurde; aber das half niemandem über den Verdacht hinweg, daß im Grunde die Konferenz bereits verloren war.

Ein Intermezzo in der Nacht zum Donnerstag: In einer Nachsitzung berät die Konferenz den Bericht des Völkerbunds-Finanzausschusses. Er wird als unzureichend abgelehnt; ein Finanzausschuß der vier Mächte soll ihn prüfen und die Fragen weiter bearbeiten. Da die deutsche Delegation keinen geeigneten Sachverständigen unter sich hat, wird diese Arbeit von der Vier-Mächte-Konferenz losgelöst und bis Freitag vertagt.

Der ganze Donnerstag — nicht nur der Vormittag, wie geplant war — gehört dem Viererausschuß der Konferenz. BÜLOW beginnt mit einer ausführlichen Rede. Er gibt sich redliche Mühe, knüpft an die spärlichen Ansätze zur Einigkeit, an die Not der Donaustaaten, an das Interesse der Großmächte, dieser Not zu steuern und darüber hinaus die Wirtschaftsbeziehungen in Europa planmäßig zu ordnen. — Die Aussprachen verlaufen ergebnislos. Einen gewissen Anklang findet nur der italienische Vorschlag, in Genf zwei Ausschüsse zur weiteren Bearbeitung der Donaufragen einzusetzen, einen, in dem die fünf Donaustaaten vertreten sind, einen anderen, in dem die vier Großmächte an der Bereinigung ihrer Gegensätze arbeiten.

Freitag vormittag die letzte Vollversammlung der Konferenz. Der Ausschuß berichtet; die Konferenz vertagt sich auf unbestimmte Zeit, da „die bevorstehenden Sitzungen in Genf in der kommenden Woche auf jeden Fall eine unmittelbare Fortsetzung der gegenwärtigen Verhandlungen verhindern“ würden. Jede der vier Regierungen soll sobald wie möglich den drei anderen eine „wohlerwogene Erklärung“

über ihre Ansichten zu den ungelösten Streitpunkten zugehen lassen.

Die Konferenz ist gescheitert. Nicht einmal über die Form, in der die Donaustaaten zu den Besprechungen herangezogen werden sollten, ist man sich einig geworden. So ist die Einladung an die Donaustaaten, eine der ersten Aufgaben der Konferenz, nicht abgegangen. Am Donnerstag abend hatte MACDONALD noch einen Versuch unternommen, wenigstens dieses Ziel zu erreichen. Auf seine Veranlassung hin telephonierte FLANDIN mit seinem Ministerpräsidenten TARDIEU und fragte an, ob Frankreich sich nicht darauf einlassen könne, einer Einladung auf der Grundlage der italienischen Vorschläge zuzustimmen. TARDIEU lehnte ab, und damit war die Verhandlungen am Ende.

In der Presse ist man sich fast durchweg darüber einig, daß die Konferenz ein Fehlschlag war. Ueber die Schuld an diesem Versagen gehen die Meinungen auseinander. Jede Nation sucht sie in der Unnachgiebigkeit der anderen. Kein Wunder, daß bei dieser Haltung die Hilfsaktion für die Donaustaaten im Interessenkampf der verhandelnden Großmächte untergeht.

Nach den Osterferien der Abrüstungskonferenz.

Die angekündigte Rundfunkrede TARDIEUS bezog sich nicht, wie man erwartete, auf die Kontingentierungspolitik Frankreichs, sondern behandelte in Form einer Aussprache TARDIEUS mit einem amerikanischen Journalisten das Thema „Nationalismus und Internationalismus“. TARDIEU vertrat seinen Genfer Vorschlag, dem internationalen Richter einen internationalen Gendarmen zur Seite zu stellen und zu diesem Zweck ein internationales Heer aufzubauen.

Damit ist die Anknüpfung für die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz gegeben, die am Montag ihre Arbeit wieder aufnimmt, und zwar zunächst im Hauptausschuß, der die Arbeit der vier anderen Ausschüsse bestimmen wird.

Der Oldenburgische Landtag hat seine, von der DVP beantragte Auflösung abgelehnt. Es wird nun zum Volkstent-scheid über die Landtagsauflösung kommen.

Litfaßsäulen brennen in Berlin seit Anfang der Woche in jeder Nacht; in der Nacht zum Freitag z. B. sieben. Die Brandstifter haben es wohl auf die riesigen Wahlplakate abgesehen.

Großfeuer in München.

in München, 8. April.

Die Münchener Schrannehalle, ein aus Eisen, Holz und Glas erbautes, mit Möbeln, Automobilen und anderen angefülltes Lagerhaus, ist völlig niedergebrannt. Vier Feuerwehrleute wurden schwer verletzt. Insgesamt erlitten 75 Feuerwehrleute Unfälle, meist Rauchvergiftungen.

Quittung

über Spenden für den Werbefonds des „Funken“.

L. K. in M. 6,— M.; H. S. in M. 5,— M.; G. B. in M. 2,50 M.; R. L. in E. 1,— M.; E. V. in B. 1,— M.; E. L. in E. 10,— M.; W. B. in M. 1,— M.; W. S. in D. 16,— M.; N. B. in B. 8,— M.; R. V. in M. 5,— M.; E. A. S. in D. 1,— M.; M. H. in B. 40,— M.; R. K. M. in L. 30,— M.; H. K. in G. 10,— M.; H. S. in F. 30,— M.; W. L. in F. 5,— M.; F. L. in S. 10,— M.; E. C. in S. 10,— M.; H. L. in S. 10,— M.; O. W. in G. 10,— M.; A. B. in B. 20,— M.; E. B. in B. 2,— M.; O. B. in B. 56,60 M.; W. K. in B. 50,— M.; A. K. in B. 2,— M.; L. M. in B. 3,— M.; W. P. in B. 35,— M.; W. R. in B. 5,— M.; H. S. in B. 6,— M.; F. S. in B. 4,— M.; E. W. in B. 3,— M.; W. Z. in B. 2,— M.; K. H. in B. 3,— M.; K. S. in B. 4,75 M.; B. W. in B. 2,— M.; P. R. in K. 7,80 M.; R. L. in B. 46,90 M.; J. P. in B. 25,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Pressfonds.

Alexander Stambolijski.

Der bulgarische Bauernführer, ermordet 1923.

(Schluß seines großen Gesprächs mit König FERDINAND, 25. September 1918.)

Ein gefährlicher Mensch!

„Herr STAMBOLIJSKI, Sie sind ein undankbarer Mensch: wir sprechen bereits länger als anderthalb Stunden, und Sie haben weder Zeit gefunden noch den Wunsch gehabt, mir dafür zu danken, daß ich Sie aus dem Gefängnis entlassen habe!“

„Majestät, ich finde nicht, daß ich Ihnen zu Dank verpflichtet bin. Ich erwartete vielmehr eine Entschuldigung Ihrerseits wegen des mir angetanen Unrechts. Sie haben mich heute freigelassen, nachdem sie es haben geschehen lassen, daß sich so großes Unglück in unserer Heimat auf-türmte. Von dem Moment an, als ich herauskam aus dem Gefängnis, empfinde ich einen tiefen Schmerz über das, was ich sehe, und die Verantwortung, die ich als Bulgarer und Politiker habe. Sie entließen mich viel zu spät, in einem traurigen Augenblick, der mir nicht Freude, sondern Schmerz bereitet. Warum haben Sie mich solange im Gefängnis gehalten?“

„Nicht ich, sondern andere, andere standen Ihrer Befreiung im Wege! Sie sind kein schlechter Mensch. Sie sind frech, scharf und kühn in ihrer Rede, aber Sie sind gerade, ehrlich und ganz selbstlos. Sie sind ein wilder Fanatiker Ihrer Ideen. Sie können mir vielleicht das größte Uebel au-lagen, aber Sie werden es als Kavalier tun und es mir nicht verheimlichen. Aber — Sie sind doch ein gefährlicher Mensch!“

„Eine herrliche Idee!“

„Was gedenken Sie zunächst zu tun —, Herr STAMBOLIJSKI?“

„Was wollen Sie mit dieser Frage? — Ich gedenke, meine ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.“

„Und wie?“

„Die Front muß befestigt werden, damit sie bis zur Annahme des Waffenstillstandsangebots aushält. Die desertierenden Teile der Front, die nach Sofia unterwegs sind, müssen aufgehalten werden, damit sie nicht zu Ausschreitungen übergehen. Ich habe hierüber mit dem Kriegsminister gesprochen, und wir sind zu der Ansicht gekommen, daß ich, meine Freunde und Vertreter anderer politischer Gruppen und des Ministeriums rasch unseren ganzen Einfluß aufbieten müssen, um die unruhigen Truppen zur Vernunft zu bringen.“

„Eine herrliche Idee, Herr STAMBOLIJSKI! Lassen Sie sich die Hand drücken, sich beglückwünschen! Gehen Sie so schnell wie möglich! Welchen großen Dienst leisten Sie mit Ihrer Mission mir und dem Vaterland! Aber man muß jetzt eilen und tapfer arbeiten!“

„Wenn meine Mission Erfolg haben wird, Majestät, so wird sie, glaube ich, dem Vaterlande allerdings von großem Nutzen sein.“ (Um STAMBOLIJSKIS Taktik in diesem Punkte zu verstehen, muß man zweierlei beachten: 1. Es kam ihm darauf an, allzu drückende Friedensbedingungen zu vermeiden; daher sein Bestreben, die Front für kurze Zeit zu halten. 2. Er hat seine „Mission“ in der Weise durchgeführt, daß er die zurückkehrenden Truppen in Südwestbulgarien sammelte und organisierte; dann proklamierte er die Republik und verjagte den Zaren. Die Uebersetzer.)

„Ich bin fest überzeugt: Sie werden Erfolg haben, Herr STAMBOLIJSKI! Wir werden dann mit vereinten Kräften an der Heilung der Wunden Bulgariens arbeiten! Unser Volk ist fleißig und ehrlich...“

„Aber die, die es regieren, sind es nicht.“

„Alles wird in Ordnung gebracht und vergessen werden, Herr STAMBOLIJSKI!“

„Ich weiß nicht — viel hat sich aufgeschichtet. Und es gibt Verkrüppelungen, die nur das Grab beseitigen kann.“

„Ich glaube an Ihren Patriotismus!“

„Und ich glaube nur an mich und verlasse mich nur auf mich selber.“

„Ihre Ideale sind auch meine Ideale, Herr STAMBOLIJSKI!“

„Das bezweifle ich.“

„Glauben Sie mir, Herr STAMBOLIJSKI, dem bulgarischen Volk muß eine ideale Regierung gegeben werden!“

„Darum oben werden meine Kämpfe gehen!“

„Wie haben Sie die Zeit im Gefängnis verbracht?“

„Wie kein bulgarischer Gefangener bisher; ich habe ununterbrochen und hart an mir und an meinen Gedanken gearbeitet.“

„Was sind Ihre Pläne für die weitere Zukunft?“

„Meine erste Arbeit nach Abschluß des Friedens wird der Wiederaufbau des Bauernbundes sein. Und dann werde ich meine ganze Energie dem Wiederaufbau des unglücklichen Bulgariens widmen.“

Kriegsvorbereitungen in Bochum.

1.

K. R. Militärmusik ertönt. Eine Hundertschaft Schupo marschiert durch die Arbeiterstadt Bochum. Einige Reihen mit Trommelgewehren über dem Rücken, die anderen mit einfachen Gewehren. An der linken Seite hängen demonstra-

tiv die Büchsen mit den Gasmasken. Am Ende dieses Aufzuges werden zwei Maschinengewehre mitgeführt. Oster-frieden!

2.

Menschenauflauf am Güterbahnhof.

„Was ist los?“

Ueberfallkommando-Autos werden abgeladen. Einige Schupo beamte bewachen den Eingang zum Bahnhof. Jetzt wird ein Panzerauto abgeladen und ins Polizeipräsidium gebracht.

„Sie hatten nur ein Manöver.“ Osterfrieden!

3.

Ich gehe an mehreren Kinos der Innenstadt vorbei: Militärmusik, Militärfilme in allen Kinos. Bilder aus der Vorkriegszeit laufen über die Leinwand. Die Wochenschau zeigt Paraden der italienischen Flieger, Krieg in China, HINDENBURG schreitet an einer Reichwehrgarde vorüber. Die Musik spielt: „Deutschland, Deutschland über alles!“

4.

„Der Funke, Tageszeitung für Recht, Freiheit und Kultur, die neueste Nummer!“

Das Glas Bier vor sich, liest der Angespöhrte: „Amerikanische Justizschande“, „Ein chinesischer Aufruf!“

„Was interessiert uns der Krieg in China? Laß die sich ruhig schlagen.“

„Was heute in China passiert, kann morgen in Europa passieren. Darum verfolgen Sie ruhig die Ereignisse in China, und helfen Sie, daß dieser Krieg aufhört, und daß in Deutschland nicht Stimmung für einen Krieg gemacht wird.“

„Ach, Quatsch, ich lese die „Rote Erde“ (Nazi-Zeitung)!“

5.

„Ich bringe Dir das neue „ISK“-Heft, Genosse. Mit einem guten Aufsatz über Völkerverständigung.“

„Es hat ja doch alles keinen Zweck.“

„Also auch Du hast die Geduld verloren?“

„Weißt Du, wenn ich nach zehnstündiger Arbeit im Bochumer Verein nach Hause komme, dann bin ich totmüde. Wenn man um sich herum die schauerhafte Interesselosigkeit der Kollegen selbst für ihre eigene Sache sieht, dann verliert man den Glauben an diese Sache. Ich kann einfach nicht mehr mitarbeiten.“

„Auf diesen Unglauben und dieses Erlahmen der Arbeiterschaft rechnen unsere Gegner, Genosse! Sie rüsten zum Krieg, nicht nur zum Völkerring, sondern auch zum Bürgerkrieg, der die Unterdrückung der Arbeiterschaft verstärken und besiegeln soll.“

Die Erziehung des Dorfes zur Arbeitsgemeinschaft.

Von Professor Dr. Münzinger, Hohenheim.

Im „Ost-Siedler“, der Zeitschrift der Reichsstelle für Siedlerberatung, nimmt Professor Dr. MÜNZINGER, Hohenheim, zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft innerhalb eines geschlossenen Siedlerdorfes Stellung und schreibt Folgendes:

Ueber die unhaltbare und schlechte Lage der deutschen Landwirtschaft ist heute in allen, auch nichtlandwirtschaftlichen Kreisen kein Wort mehr zu verlieren. Die Frage ist heute nicht mehr, ob der Landwirtschaft geholfen werden soll, sondern wie man ihr helfen kann.

Es gibt nur sehr wenige Wege, die hier zum Ziele führen. Das Thema „Die Erziehung des Dorfes zur Arbeitsgemeinschaft“ versucht einen solchen neuen Weg zu weisen. Die geringe Rente des Bauernbetriebes hat zum Teil andere Ursachen als die des Großbetriebes. Die Hauptmängel im bäuerlichen Betrieb sind die *Zerstreuung und Vielheit seiner Parzellen*, die mit einem ungeheuren Leerlauf an Zeit und Arbeitskraft verbunden sind, und weiter die *mangelnde bäuerliche Arbeitstechnik*.

Das Ziel des heutigen landwirtschaftlichen Betriebes heißt: billiger produzieren, das Ziel des bäuerlichen Betriebes heißt: haushalten mit den Kräften der bäuerlichen Familie. Das Lebensschicksal der bäuerlichen Familie mit dem fortwährenden Abrackern und Hetzen und der schlechten Entlohnung muß ein anderes werden. In diesem Raubbau mit der Kraft von Bauer und namentlich Bäuerin liegt eine ungeheure Gefahr. Sie bewirken teilweise die Landflucht und die Einschränkung der Geburtenzahl der bäuerlichen Bevölkerung.

Abhilfe schaffen kann hier nur eine Verhinderung der starken Arbeitsüberlastung und eine Hebung des Arbeitserfolges. Eine Besserung durch Hebung der Produktion ist in der heutigen Zeit nicht möglich; so muß man den Weg der *Verbilligung der Produktion* beschreiten. Hierzu müssen drei Wege begangen werden, der eine liegt in der *Herabsetzung des Gebäudekapitals* — der Bauern- oder Siedlerbetrieb darf nicht mit allzu hohem Gebäudekapital belastet werden. Der zweite Punkt ist die *Ersparnis von Pferden* und der dritte Punkt die *Ersparnis von Maschinenkapital* (Warum spricht MÜNZINGER nicht von der Möglichkeit, den Bauern durch Senkung von Futtermittelpreisen zu helfen? Red.). Die viel zu starke Pferdehaltung ist in vielen Fällen der Ruin des Bauernbetriebes, weil durch sie der Reinertrag aufgefressen wird. So ist auch in vielen Siedlerbetrieben das Pferdegespann ein

Luxus und wird besser den Zugkühen Platz machen. Die Schwerarbeit muß dabei von *Traktor* geleistet werden, der gemeinschaftlich für eine größere Anzahl von Siedlern anzuschaffen wäre. Seine Wirtschaftlichkeit liegt in der möglichst weitgehenden Ausnutzung und in der Möglichkeit, große Flächen zu bearbeiten. Der Traktor muß zur gemeinschaftlichen Ackerung der Felder benutzt werden, ebenso die übrigen Maschinen, wobei es gilt, möglichst große Flächen in einem Stück zu bearbeiten. Ohne *Arbeitsgemeinschaft* wird es dabei nicht gehen, weil man nicht allzu kleine Parzellen mit dem Traktor bearbeiten kann. Das viele Umwenden mit dem langen Pfluge würde viel zu viel Zeit beanspruchen.

In meinem Versuchsdorf lasse ich bei Tierhaltung und bei den Hackfrüchten den Bauern ihre ganze Individualität und die ganze Ausnutzung ihrer Familienkräfte. Beim Getreide setzt die volle Arbeitsgemeinschaft mit dem Stoppelsturz ein und hört erst vor der Ernte auf. Liegen die Parzellen quer zur langen Arbeitslinie, so fasse ich sie zusammen und pflüge und arbeite quer zu den Parzellengrenzen. Dabei wird *alle Arbeit auf dem Felde gleichmäßig durchgeführt*. Erst vor der Ernte stelle ich die Parzellengrenzen wieder her.

Die Vorteile dieser Arbeitsgemeinschaft sind mannigfaltig. Sie *verbilligen die Bearbeitung* und bringen einen *gleichmäßigen Stand der Hackfrüchte* mit sich; damit ist auch die *Verwertung der Ernte* eine bessere. Auch gibt es bei dieser Arbeitsgemeinschaft keine rückständigen Bauern, weil alles gleichmäßig bearbeitet und gepflegt wird. Für die Herrichtung des Verkaufsgutes und namentlich des Saatgetreides sorgt eine gemeinschaftliche *Röbersche Reinigungsanlage*.

Ich gehe aber noch weiter. Ich versuche, die *Haushaltsarbeit der Bäuerin* für Backen und Waschen durch geeignete gemeinschaftliche Einrichtungen zu erleichtern, die ich gerade beim Aufbau einer Neusiedlung für dringend notwendig halte. — Allerdings setzt die Arbeitsgemeinschaft voraus, daß jemand in der Gemeinde die Führung übernimmt. Mit der Führung steht und fällt die Notwendigkeit des Gelingens bäuerlicher Zusammenarbeit. Sie ist also in erster Linie ein *Führerproblem*. Wo sie gelingt, dort ist sie ein gewaltiges Mittel der Produktionsverbilligung und des bäuerlichen Vorwärtkommens. Ganz falsch ist jedenfalls die Ansicht, daß jede Arbeitsgemeinschaft der Anfang wäre zur russischen Bauernkollektivierung, die in ihrer letzten Auswirkung eine politische und keine technische Maßnahme ist und daher auch mit Arbeitsgemeinschaft *freier Bauern auf eigenem Gebiet* nichts mehr zu tun hat.

Siedlungskosten halbiert!

Auf einer Pressekonferenz des Landeskulturamtes Frankfurt a. d. Oder hielt am 2. April Landeskulturdirektor PRESTING einen Vortrag über Siedlungsfragen, dem wir das Folgende entnehmen.

Was ist bisher geschehen?

Seit dem Jahre 1919 sind in Preußen fast 43 000 Siedlerstellen errichtet worden, ferner 29 000 Eigenheime für Landarbeiter. Insgesamt sind also 72 000 Stellen in der Nachkriegszeit entstanden, wogegen in der Vorkriegszeit von 1887 an nur 45 000 landwirtschaftliche Siedlerstellen geschaffen worden sind.

Im Jahre 1931 hat Preußen allein, trotz der Krise vom 13. Juli, 7914 Neusiedlerstellen geschaffen, sodaß das Siedlungsprogramm von SERING, der jährlich 10 000 neue Stellen forderte, fast erreicht worden ist. Außerdem sind 10 000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe im Anliegersiedlungsverfahren vergrößert worden. Davon sind in Brandenburg 1102 Stellen mit 10 771 Hektar Fläche gegründet und 446 Anliegersiedlungen durch 1162 Hektar vergrößert worden. Die entsprechenden Zahlen für die Grenzmark sind: 153 Neusiedlerstellen mit 1924 Hektar und 166 Anliegersiedlungen mit 663 Hektar Vergrößerungsfläche. An Restgütern sind in Brandenburg 2 und in der Grenzmark 1 geblieben.

Als Kreditgeber gibt es nur noch eine Hauptstelle, nämlich die Deutsche Siedlungsbank, ferner ist die Gesetzesmaterie vereinfacht und die Selbständigkeit der örtlichen Instanzen (der Kulturämter) erhöht worden.

Verbilligung ist möglich!

Die Not der Zeit hat das gesamte Siedlungswesen gezwungen, überall größte Vereinfachung walten zu lassen. Interessant ist die Gegenüberstellung der Kosten einer 60-Morgenstelle 1928 und 1932:

1928:	
1. Grund und Boden	21 000 Mark
2. Gebäude	19 000 Mark
zusammen:	40 000 Mark

Anzahlung: 5000 Mark, dazu mitgebrachtes totes und lebendes Inventar.

1932:	
1. Grund und Boden	12 000 Mark
2. Gebäude, rund	8 000 Mark
zusammen:	20 000 Mark

Anzahlung: 2000 Mark, dazu Inventar.
Siedler-Rente je Morgen 1928: rund 26 Mark, fortan: rund 13 Mark, also nur die Hälfte.

Neuerdings beginnt man wieder, in vermehrtem Umfang Rinderställen in einer Größe von 20 bis 40 Morgen anzulegen.

Menschen und Land sind da.

Auch die Gruppen- und landwirtschaftliche Erwerbslosensiedlung macht erfreuliche Fortschritte, so in Blumberg vor den Toren Berlins, in Wegendorf bei Berneuchen und in Grusen im Kreise Flatow. Nach der Reichsverordnung vom 18. Februar 1932 gelten Erwerbslose, die beim Aufbau der Siedlung mitarbeiten, nicht als Arbeitnehmer und haben daher Anspruch auf Fortbezug ihrer Unterstützungen. Das Gleiche gilt für Wohlfahrtserwerbslose.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. November sind 11 300 Großbetriebe mit 3,4 Millionen Hektar Fläche im Sicherungsverfahren. Man schätzt, daß davon 10 Prozent nicht mehr umschuldungsfähig sind. Das ergibt eine Fläche von 340 000 Hektar mit rund 315 000 Hektar besiedlungsfähigem Boden. Ein Fünftel dieser Fläche kann an Anliegersiedler zur Vergrößerung ihrer Stellen abgegeben werden.

Wer ist krisenfest?

Die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft wirkt natürlich auch auf die Lage der Siedler. Die einfachsten Siedlungen, die nur aus drei Wohnräumen und Stallraum für zwei Pferde, sechs Rinder und drei Schweinebeständen bestehen, erweisen sich als besonders krisenfest. Fleiß und größte Sparsamkeit und Eignung der Siedler sind die Voraussetzungen zum Gedeihen.

Zur Absatzfrage: Die Not der Zeit zwingt zur Rationalisierung und Standardisierung beim Anbau und beim Absatz. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben hier noch ein reiches Betätigungsfeld.

Klage hat den Zug der französischen Hausfrauen nach den belgischen Bäckerläden natürlich nicht aufhalten können.

Ein Gesetzentwurf, der jetzt dem Parlament vorgelegt worden ist, versucht dies zu erreichen. Gemäß diesem Entwurf soll der Weizen, der für das Grenzgebiet bestimmt ist, zollfrei eingeführt werden.

Wird dadurch der Zug nach den billigen Brotläden aufgehoben? Nein, er wird nur verschoben. Denn wenn jetzt die Bewohner des Grenzgebietes nach Belgien gehen, um billiges Brot zu kaufen, so werden, wenn dieser Entwurf zum Gesetz wird, die Bewohner des Gebietes, das an das Grenzgebiet grenzt, in dieses einwandern, um billiges Brot aus zollfreiem Weizen zu kaufen. Dann werden in jenem anderen Gebiet die Bäcker ihre Kundschaft verlieren, sich bei den Behörden beklagen, dann wird vielleicht ein neuer Gesetzentwurf eingebracht werden, der auch jenes zweite Grenzgebiet vom Weizen Zoll befreit.

Das würde dann zur gebietsweisen Abschaffung der Getreidezölle in Frankreich führen, bis in ganz Frankreich das Brot, wie in Belgien, nur noch einen Franc kostet. Da aber diejenigen, die an der Aufrechterhaltung der Zölle interessiert sind, das auch wissen, wird die zollfreie Einfuhr von Getreide in das Grenzgebiet wohl gar nicht erst erlaubt werden.

Französische „Handelspolitik“. Lebensmittelknappheit infolge Einfuhrbeschränkung.

Frankreich schränkt seit einiger Zeit seine Einfuhr energisch ein. Allein gegenüber Deutschland ist die Einfuhr von 78 verschiedenen Waren kontingentiert (beschränkt) worden. Davon wurde bei 13 Posten eine Höchsteinfuhr festgesetzt, ohne daß überhaupt mit den deutschen Interessenten verhandelt wurde. Von den Maßnahmen werden sowohl industrielle als auch landwirtschaftliche Erzeugnisse betroffen.

In der französischen Einfuhr machen sich die Drosselungsmaßnahmen schon deutlich bemerkbar. Die Gesamteinfuhr betrug 2341 Millionen Francs im Januar 1932 gegenüber 3786 Millionen Francs im Januar 1931. Wie stark die Schrumpfung bei einzelnen Posten ist, geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

	(in Millionen Francs)	
	1931	1932
Textilien	636	294
Getreide, Gemüse, Obst	400	323
Brennstoffe	451	314
Maschinen, Metallwaren	329	208
Eisen, Metalle	218	93
Vieh, Fleisch	135	45
Holz	99	62

Die deutsche Einfuhr nach Frankreich ist von Januar 1931 bis Januar 1932 fast um 40 Prozent zurückgegangen: Januar 1931 betrug sie 534 Millionen Francs und im Januar dieses Jahres nur 332 Millionen.

Die scharfe Einfuhrbeschränkung hat neuerdings zu einer fühlbaren Warenknappheit besonders auf dem Lebensmittelmarkt geführt. Die Preise für Butter sind in ganz kurzer Zeit um 25 Prozent gestiegen, und die nötigen Mengen waren überhaupt nicht aufzutreiben, sodaß die Kleinhändler bereits überlegten, ihre Geschäfte aus Protest zu schließen. Der französische Landwirtschaftsminister mußte schließlich die Einfuhr von 6000 Zentnern ausländischer Butter freigeben und in dieser Woche wird wegen der Freigabe weiterer 10 000 Zentner verhandelt. Bey.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

9. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital verteilt im Jahre 1931 1932 (in Prozenten)
Lancashire Electric Light & Co., England	7 7
Svenska Kugellagerfabriken, Göteborg	10 7*
Oehringen Bergbau A. G., Berlin	7 7
Kommunales Elektrizitätswerk Mark A. G., Hagen	9 7*
Wasserwerk für das nördlich westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen	9 7
Coltress Iron (Eisen) Company, England	10 8
Marienborn-Boendorfer Kleinbahn-Gesellschaft, Marienborn	8 8*
Landes-Elektrizitäts-Gesellschaft, Danzig	12 8
Danziger Tabak-Monopol A. G.	12 8
Daniell and Sons' Breweries (Brauerei), England	10 8½
Aluminium Industrie A. G., Schweiz	15 10
Rolls-Royce (Autos), England	10 10
Sachtleben Bergbau	12 10*
Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt, Berlin	15 10*
Dortmunder Union-Brauerei A. G.	18 12
Eriasson Telephones, England	12 12
International and Automatic Telephones, England	12½ 12½
Royal Brewery (Brauerei), England	13 13
Nordstern Lebensversicherungsbank A. G.	14 14*
Mimosa A. G., Dresden	18 14*
N. V. Nederlandsche Kabelabriek, Delft	25 17*
Dimbula Valley (Ceylon) Tea (Tee), England	25 20
Style and Winch (Bauerei), England	20 22½
Argus Press (Presse), England	22 21

* Vorgeschlagen.

POLEN

Schweineausfuhr stark rückgängig: In der Zeit vom August 1931 bis Februar 1932 wurden nur 136 000 Schweine ausgeführt gegenüber 437 000 in denselben Monaten des Vorjahres (1930/31).

1929 wurden 800 000 Schweine ausgeführt. 1932 würden es nach den bisherigen Ergebnissen nur etwa 150 000 sein. Ursache des Rückgangs sind die Einfuhrbeschränkungen der wichtigsten Absatzländer.

DEUTSCHLAND

Saatenstand: Die Wintersaaten haben unter dem langen und kalten Nachwinter zum Teil gelitten. Soweit eine Beurteilung bereits möglich war, ergeben sich unter Zugrundelegung der Zahlennoten: 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtungsnoten: Winterroggen 3,1 (Dezember 1931: 2,7), Winterweizen 3,2 (2,7), Wintergerste 3,1 (2,6).

Molkereigenossenschaften: Im März hat die Zahl der Molkereigenossenschaften um 15 zugenommen. Die Gesamtzahl der deutschen Molkereigenossenschaften hat damit 5000 überschritten.

Billiger Futterweizen für Hühnerzüchter? Wie wir hören wird folgender Plan erwogen, um die deutschen Hühnerzüchter endlich in bezug auf Futterkosten ihren ausländischen Konkurrenten gleichzustellen: Futterweizen soll zollfrei eingeführt werden. Er soll gefärbt werden, so daß er für menschliche Ernährung nicht benutzt werden kann. An die Hühnerhalter sollen vorläufig 5 Pfund pro Huhn abgegeben werden zum Preise von 6,50 Mark für den Zentner frei Hof (verzollter Weizen kostet zur Zeit doppelt so viel).

Reichsbank: Der Diskontsatz ist von 6 auf 5½ Prozent mit Wirkung vom 9. April herabgesetzt worden. — Daß wir diese Maßnahme für völlig verkehrt halten, haben wir mehrfach auseinandergesetzt. Auch einige bürgerliche Zeitungen äußern Bedenken. Die „Frankfurter Zeitung“ spricht von „geteilten Gefühlen“, das „Berliner Tageblatt“ schreibt verklausuliert: „Wenn man dennoch einige Zweifel äußern kann, so . . .“

Wollen Sie zwei Pfund Brot für einen Franc?

Dann gehen Sie an die belgische Grenze.

Deutschland ist nicht das einzige Land, in dem die Getreidepreise künstlich auf einem Vielfachen der Weltmarktpreise gehalten werden. In Frankreich macht der Zoll die Hälfte des Weizenpreises aus, der noch höher ist als in Deutschland. Ein Doppelzentner Weizen kostet hier 160 Francs, das ist 26,67 Mark, während er in Deutschland nur 24,70 Mark kostet.

Anders steht es in Belgien. Dort sind die Schutzzollmauern noch nicht in den Himmel gewachsen, und ein Zweipfund-Brot, das in Frankreich etwa 2,25 Francs kostet (1 Franc = 16,7 Pfennig) kann man in Belgien für einen Franc kaufen.

Die französischen Arbeiter, die nahe der belgischen Grenze wohnen, ziehen es verständlicherweise vor, belgisches Brot zu essen. Sie haben die Möglichkeit, in belgischen Bäckerläden Brot zu kaufen. Die Bäckerläden auf der französischen Grenze haben dadurch ihre Kundschaft verloren und haben sich darüber bei den Behörden beklagt. Ihre